Rems-Zeitung

DIE HEIMATZEITUNG SEIT 1786 • UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR SCHWÄBISCH GMÜND UND DEN OSTALBKREIS • ÄLTESTE NOCH ERSCHEINENDE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nummer 167 • 30. Woche • 239. Jahrgang | Mittwoch, 23. Juli 2025 | remszeitung.de • € 2,60 • E 5836

Im Lokalteil

Schmucktage vor dem Aus

Darum geht es: Um Geld zu sparen, setzt die Stadt Schwäbisch Gmünd den Rotstift bei den Veranstaltungen an. Die Italienische Nacht und der Remstal-Weintreff sind bereits gestrichen, weitere Kürzungen im Lauf des Jahres erscheinen unumgänglich.
Darum ist es wichtig: Für das kulturelle Leben in der Stadt bedeutet es einen herben Rückschlag, wenn in den kommenden Jahren auf bewährte Events wie die Gmünder Schmucktage oder einen Großteil des Gmünder Sommers verzichtet wird.
So geht es weiter: Bei einer Aufsichtsratssitzung der Touristik und Marketing GmbH im Herbst soll beschlossen werden, welche Veranstaltungen aus dem Gmünder Jahreskalender verschwinden. **» Seite 13**

Ein Fest für den Marienbrunnen

Darum geht es: Der Marienbrunnen auf dem Marktplatz, ein Wahrzeichen der Stadt Schwäbisch Gmünd, ist in einem kritischen Zustand und muss dringend saniert werden. Ein Brunnenfest am Samstag, 26. Juli, soll für Spenden werben.
Darum ist es wichtig: Ohne die Sanierung, die voraussichtlich 253 000 bis 300 000 Euro kosten wird, ist der Erhalt des historischen Brunnens für künftige Generationen gefährdet. Die Stadt ist auf die Unterstützung der Bürger angewiesen.
So geht es weiter: Die Sanierung des Brunnens wird voraussichtlich im Spätsommer 2026 beginnen. Länger kann sie nicht mehr warten. **» Seite 15**

Böbinger Bahnhof barrierefrei

Darum geht es: Bei einem Vor-Ort-Termin mit Staatssekretär Ulrich Lange erläuterte Böbingens Bürgermeister, zusammen mit Vertretern der lokalen Politik, die Pläne, Böbingens Bahnhof barrierefrei zu gestalten. Dabei steht neben der Gleisverlängerung und -erhöhung auch der Bau von zwei Aufzügen an.
Darum ist es wichtig: Der Bahnhof in Böbingen profitiert von der Halbstunden-Taktung und hat deswegen ein breites Einzugsgebiet. Damit alle Menschen die Möglichkeit haben, mit dem Zug zu fahren, müssen dringend Anpassungen vorgenommen werden, um barrierefrei zu werden.
So geht es weiter: Wenn sich alle Beteiligten einig werden, können Beschleunigungsverfahren angewendet und dadurch schneller zu Tat geschritten werden. **» Seite 16**

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
24041,90 Pkt.	5287,56 Pkt.	1,1699 Dollar
– 265,90 Pkt.	**– 55,42 Pkt.**	**+ 0,32 Cent**

Wetter

Mittags 25° | Nachts 13°
Sonne und Wolken im Wechsel, dabei bleibt es trocken

4 190583 602602 30030

Umfrage: Jeder Fünfte fände Koalition von CDU und AfD gut

BaWü-Check Fast jeder Vierte ist dafür, dass CDU und Grüne nach der Landtagswahl 2026 weiterregieren. Befragte fällen mildes Urteil über Winfried Kretschmanns Amtszeit.

Von Annika Grah

STUTTGART. Die viel zitierte Brandmauer scheint bei den Wählerinnen und Wählern im Land an Bedeutung zu verlieren. 21 Prozent der Befragten im aktuellen BaWü-Check finden, CDU und AfD sollten nach der Landtagswahl 2026 gemeinsam regieren – trotz der Einstufung der Partei als rechtsextremistischer Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz. Eine Beschwerde der AfD hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig jetzt zurückgewiesen.

Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen ergab, dass ein Bündnis von CDU und Grünen am beliebtesten wäre. 23 Prozent wären für eine Fortsetzung. Das passt zur Schulnote 3,1, die die Befragten der aktuellen Landesregierung geben würden.

Werden die Menschen gefragt, ob sie für eine Zusammenarbeit oder eine Koalition mit der AfD sind, fällt das Bild noch differenzierter aus. Hier zeigen sich 13 Prozent offen für eine Koalition, 29 Prozent wären für eine Zusammenarbeit mit der AfD und 46 Prozent finden, dass die anderen Parteien das ausschließen sollten. Tatsächlich haben alle Fraktionschefs der im Landtag vertretenen Parteien der Zusammenarbeit eine Absage erteilt. Manuel Hagel hatte im Mai bei seiner Wahl zum CDU-Spitzenkandidaten gesagt: „Mit dieser Partei haben wir nichts zu tun und mit dieser Partei gibt es für uns keine Zusammenarbeit."

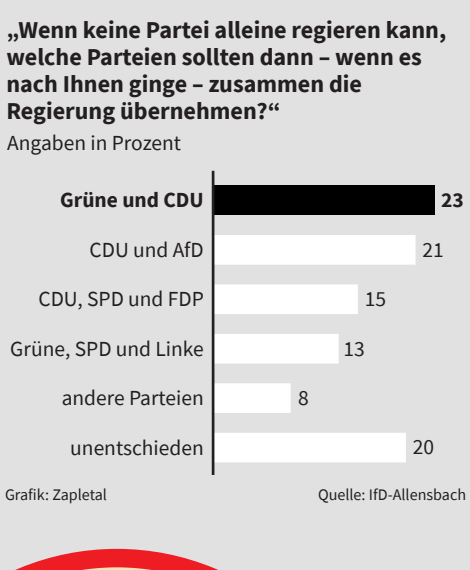
Im BaWü-Check liegt die CDU mit 33 Prozent vorn. Die Grünen folgen mit 27 Prozent vor der AfD (23 Prozent). 17 Prozent können sich vorstellen, der SPD ihre Stimme zu geben, bei der Linken sind es 11 Prozent, bei der FDP 9 Prozent. Die Ergebnisse sind nicht als klassische Sonntagsfrage, sondern als Potenziale bei den Wählern zu lesen. Die Befragten konnten mehrere Parteien nennen. Jeder Dritte nenne zurzeit noch mehrere Parteien, die für ihn in Betracht kommen, so die Autoren der Umfrage. Das Urteil über den scheidenden Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) fällt milde aus. Gut die Hälfte der Befragten findet, dass er gut regiert hat.
Leitartikel

Manuel Hagel

Cem Özdemir

Wunschkoalitionen

„Wenn keine Partei alleine regieren kann, welche Parteien sollten dann – wenn es nach Ihnen ginge – zusammen die Regierung übernehmen?"
Angaben in Prozent



Grafik: Zapletal | Quelle: IfD-Allensbach

Markus Frohnmaier

Andreas Stoch

Hans-Ulrich Rülke

Fotos: dpa/Bernd Weißbrod (2), imago/dts Nachrichtenagentur, Lichtgut/Leif Piechowski, Max Kovalenko

Kostenspirale für Pflege im Heim dreht sich weiter

Für Pflegebedürftige werden die finanziellen Belastungen immer höher. Im Südwesten ist es besonders teuer.

STUTTGART. Die Pflege im Heim wird immer teurer: Im Südwesten müssen Bewohnerinnen und Bewohner noch mehr aus eigener Tasche zahlen als im Bundesdurchschnitt. Wie eine Auswertung ergab, waren am 1. Juli im Land im ersten Aufenthaltsjahr durchschnittlich 3400 Euro zu überweisen – 220 Euro mehr als zum 1. Juli 2024. Nur in Bremen (3449 Euro), NRW (3427 Euro) und Saarland (3403 Euro) waren die Kosten höher.

Sozialexperten sind besorgt. „Die 92 000 Pflegeheimbewohner im Südwesten ersticken unter der Kostenlawine", sagt Eugen Brysch von der Deutschen Stiftung Patientenschutz. Florian Wahl von der SPD-Landtagsfraktion fordert: „Wir brauchen höhere Landeszuschüsse für die Pflege." *dpa/ang*
Kommentar

Kommentar

Solidarität oder Egoismus

Die Debatte über soziale Gerechtigkeit geht erst so richtig los. Hier findet der eigentliche Kulturkampf statt.

Von Norbert Wallet

Und wieder mal macht eine Meldung die Misere der Pflege in Deutschland überdeutlich. Diesmal geht es um die extrem steigenden Pflegekosten für Heimbewohner, die längst schon unzumutbare Höhen erreicht haben und noch immer weiter nach oben gehen. Aber das ist ja nur ein – wenn auch besonders bedrückender – Aspekt der Pflegesituation. Es ist so vieles hinzudenken: Dass weit über 80 Prozent der Pflegebedürftigen in häuslicher Pflege betreut werden und deren Angehörige, die die Last oft ganz alleine tragen, unter riesigem Druck stehen. Dass die Zahl der Pflegebedürftigen von fünf Millionen im Jahre 2021 auf rund 6,8 Millionen im Jahre 2055 ansteigen wird. Dass es beim Pflegepersonal eine Lücke gibt, die je nach Modell auf bis zu 690 000 Fachkräfte anwachsen wird.

Es stimmt hinten und vorne nicht mehr. Aber die Politik handelt, als sei diese Notlage irgendein Alltagsproblem, das mit üblichen Routinen behandelt werden kann. Dabei ist die Pflegemisere eine tickende gesellschaftliche Zeitbombe. Der wahre Kulturkampf, den auszutragen wir gar nicht vermeiden können, wird nicht über Gendersternchen oder Ernährungsgewohnheiten geführt. Er wird entlang einer klaren Konfliktlinie ausgefochten werden müssen: Solidarität oder Egoismus? Sind die großen Lebensrisiken von der Solidargemeinschaft abzusichern oder muss der Einzelne das Risiko tragen? Schützt der Staat die Schwachen oder sichert er den Freiraum für die Starken ab?

Kretschmann räumt großen Fehler ein

Der Ministerpräsident will 1440 zusätzliche Lehrer möglichst zum Schulstart im September einstellen.

STUTTGART. Dass in Baden-Württemberg 1440 Lehrerstellen aus Versehen unbesetzt geblieben sind, ordnet Ministerpräsident Winfried Kretschmann als „gravierenden Fehler" mit weitreichenden Konsequenzen für alle Betroffenen ein. In seiner wöchentlichen Pressekonferenz zeigte er sich am Dienstag besorgt, dass dieser Fehler das Vertrauen der Bürger in einen funktionierenden Staat unterminieren kann, und versprach gründliche und zügige Aufklärung.

Der Besetzung der Stellen möglichst zum Start des neuen Schuljahrs am 15. September räumte der grüne Regierungschef höchste Priorität ein. Auch wenn die Mittel im Etat des Kultusministeriums nicht eingeplant seien, stehe die Finanzierung nicht in Frage. Sie erfolge aus einem Topf der allgemeinen Finanzverwaltung. *luß*

Menschen im Land fehlt es an Gesundheitswissen

Studie: Jeder Zweite findet sich im Gesundheitswesen nicht zurecht – Ärzteverband befürchtet Scheitern der elektronischen Patientenakte.

Von Bettina Hartmann

STUTTGART. Zum Thema Gesundheit gibt es eine Flut an Informationen – doch wie weiß man, was für einen selbst wichtig und richtig ist? Wo findet man überhaupt Infos? Fragen wie diesen ist eine Studie nachgegangen, die der Bosch Health Campus in Stuttgart gefördert hat. Die Ergebnisse sind alarmierend. Mehr als die Hälfte der 521 Befragten (54,7 Prozent) hat eine geringe Gesundheitskompetenz, sprich: Die Menschen in Baden-Württemberg haben Schwierigkeiten, Informationen zu finden, zu verstehen, anzuwenden und zu bewerten. Damit gilt jeder Zweite als nicht ausreichend informiert. Besonders betroffen (75 Prozent) sind sozial Benachteiligte, Ältere und chronisch Erkrankte.

„Die Ergebnisse sind ein Weckruf – und eine Bestätigung für unseren Ansatz", betont Mark Dominik Alscher, Geschäftsführer des Hilfszentrums Bosch Health Campus. Es gelte: Menschen mit geringer Gesundheitskompetenz leben nicht nur ungesünder, sondern schätzen auch ihren Zustand schlechter ein und nutzen das Gesundheitssystem häufiger – mit teils unnötigen Arztkontakten, Krankenhausaufenthalten und Notfallbesuchen. „Die Studie zeigt deutlich: Wir stehen im Land vor großen Herausforderungen", sagt Landesgesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) unserer Zeitung.

Der Hausärzteverband fordert indes von den Krankenkassen bessere Aufklärung über die elektronische Patientenakte (ePA). Angesichts der geringen Nutzerzahl drohe ihr „eine Bruchlandung", sagt der Bundesvorsitzende des Verbands, Markus Beier. Die Kassen hätten ungenügend informiert. Die ePA bündelt digital alle Infos zur Krankengeschichte von Patienten. Dabei gilt: Wer keine möchte, muss aktiv widersprechen.

13-Jähriger flieht im Auto vor der Polizei

STUTTGART/DITZINGEN. Zwei Jugendliche haben sich im Landkreis Ludwigsburg eine Verfolgungsfahrt mit der Polizei geliefert und dabei einen schweren Unfall gebaut. Beide wurden laut Polizei leicht verletzt. Ersten Erkenntnissen zufolge saß ein 13-Jähriger am Steuer. Den Wagen soll er in der Nacht zusammen mit einem 15-Jährigen in Stuttgart geklaut haben. Laut einer Polizeisprecherin stand der Wagen an der Straße. Die Verfolgungsjagd führte demnach über die Bundesstraße 295 bis nach Ditzingen.

Die Sprecherin sagte, dass beide bereits polizeibekannt seien. Mögliche Konsequenzen für die Jugendlichen seien bisher nicht absehbar, zumal der 13-Jährige rechtlich noch nicht strafmündig ist. *dpa*